
Akzeptanz des Systems der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft im Kontext von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft

Christoph Brüssel

Die Beobachtung einer Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft als Modell zur systemischen Organisation der Wirtschaft und der Gesellschaft verlangt die Auseinandersetzung mit dem System und dem Stellenwert im Kontext seiner Relevanz bei politischen Instanzen, gesellschaftlichen Prozessen und ökonomischen Perspektiven.

Dabei ist die offene Frage zu erörtern, ob eine Ökosoziale Marktwirtschaft über das Leistungsspektrum als Wirtschaftsstruktur hinaus Lösungsansätze gesellschaftlicher Regelungserfordernisse leistet. Damit eröffnet sich auch die perspektivische Überlegung, einen Lösungsanspruch und ebenso eine Zielsetzung an sie als Gesellschaftssystem, also über die ökonomischen Erfordernisse hinaus, zu durchdenken.

Ausgangspunkt dieser Überlegung ist die Beobachtung, dass die Marktwirtschaft, speziell die Soziale Marktwirtschaft als aktuell praktizierte Wirtschaftsform beschrieben, unterstützt und politisch mehrheitlich gefördert wird.¹ Wenn jedoch über Gesellschaftsstrukturen nachgedacht wird, sind systemisch andere Modelle im Fokus der Diskurse. Bei Analysen und Betrachtungen werden meist die nicht ideologiefreien Systeme eines Sozialismus oder Kapitalismus annonciert. Die gesellschaftswissenschaftliche Betrachtung einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft hat erkennbar noch Raum und Bedarf.

Als Wirtschaftsform zeigt sich mit Blick auf die Soziale Marktwirtschaft parteipolitisch überwiegend Konsens. Bei nahezu allen Parteien und deren Protagonisten ist dieses System fester Bestandteil der Reden und Programme.

Die CDU hat von Beginn an das Wirtschaftssystem der Sozialen Marktwirtschaft als Ziel deklariert. Zunächst mit leicht unterschiedlichen Ausdrucksweisen

1 Vgl. Angela Merkel: „Unser Kompass ist die Soziale Marktwirtschaft“, in: <https://www.cdu.de/artikel/soziale-marktwirtschaft-ist-unser-kompass>.

und Begründungen, die durch die dezentrale Organisations- und Gründungshistorie der Partei ihre Erklärungen finden mögen. Eindeutig jedoch seit Juli 1949 proklamiert die CDU die Soziale Marktwirtschaft in den Düsseldorfer Leitsätzen.²

Die SPD vermied zunächst die Begrifflichkeit. In den Gründerjahren der Bundesrepublik wurde die Idee eines demokratischen Sozialismus mit der Formel „für Frieden, Freiheit und Sozialismus“ propagiert.³ Spätestens mit den 1990er Jahren ist ein klares Bekenntnis zur Wirtschaftsform der Sozialen Marktwirtschaft auch bei der SPD manifestiert.⁴

Die FDP, die immer die Marktwirtschaft unterstützte, aber verschiedene Formen der liberalen Wirtschaft interpretierte, bekennt sich zur Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft spätestens seit den Karlsruher Freiheitsthesen 2012, die das Grundsatzprogramm von 1997 abgelöst haben.⁵

Bündnis 90/Grüne haben, nach lang anhaltenden innerparteilichen Positionsdiskussionen, im Jahr 2014 ein Parteikonzept zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft beschlossen.⁶

Als Ausnahme ist die Partei „Die Linke“ zu nennen, die einen demokratischen Sozialismus neben anderen Denkansätzen öffentlich propagiert.⁷

Angesichts der unbestreitbaren Herausforderungen, die auf Politik, Gesellschaft und damit auch auf die Wirtschaft zukommen, ist die Antwort offen, ob ein System der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft die taugliche Form ist, die erforderlichen Lösungen anzubieten.

Die Folgen der bereits im Prozess befindlichen, teilweise revolutionär wirkenden Veränderungen (digitale Transformation, Globalisierung, Bevölkerungszuwachs auf 10 Mrd. Menschen) erfordern strukturelle Antworten. Dabei ist nicht die Frage zu Entscheidungen für oder gegen die Veränderungsfaktoren zu stellen.

2 Vgl. CDU Deutschland: Düsseldorfer Leitsätze vom 15. Juli 1949, in: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU//Programme_Bundestag/1949_Duesseldorfer-Leitsaetze.pdf.

3 Wahlaufuf SPD-Pressedienst: „Für ein freies Deutschland in einem freien Europa“, in: <http://library.fes.de/spdpd/1949/490801-sondervers.pdf>.

4 Vgl. Georg Stötzel/Martin Wengeler/Karin Böke: Kontroverse Begriffe: Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1995, Stichwort „Soziale Marktwirtschaft“. – Martin Nonhoff: Hegemonieanalyse: Theorie, Methode und Forschungspraxis, in: Reiner Keller (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse: Forschungspraxis. Band 2, 3., aktual. und erw. Auflage, S. 327.

5 Vgl. FDP: Karlsruher Freiheitsthesen, in: https://www.fdp.de/files/408/Karlsruher_Freiheitsthesen.pdf.

6 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen: Leitantrag zum Länderrat vom 31. Mai 2014, in: <https://www.gruene.de/debatte/wirtschaft-und-wachstum/wohlstand-wachstum-wertschoepfung-wege-zu-einer-oekologisch-sozialen-marktwirtschaft.html>.

7 Vgl. DIE LINKE: III. Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert, in: <https://www.die-linke.de/partei/dokumente/programm-der-partei-die-linke/iii-demokratischer-sozialismus-im-21-jahrhundert/>.

Diese sind bereits beantwortet, da sich die Veränderungen aus sich selbst heraus ihren Weg suchen und unweigerlich weiter entwickeln.

Die sich daraus ergebenden Konsequenzen und Folgen sind wiederum durch die systemische Organisation von Gesellschaft und Wirtschaft zu beeinflussen. Vor allem die Umwelt- und Klimadramatik oder Fragen der Migration, der inner- und zwischenstaatlichen Balance oder Friedens Zukunft werden zuverlässig zu beantworten sein.

Die Antworten der letzten Jahrzehnte zu sozialen, ökologischen und ökonomischen Erfordernissen werden zu einer tragfähigen Lösung für Politik und Wirtschaft nicht ausreichend beitragen können.

Dies rechtfertigt nun, über Perspektiven einer Neuaufstellung der Marktwirtschaft zu einer Ökosozialen Marktwirtschaft konstruktiv zu sprechen. Dabei sind die bereits aktiv vorgelegten Denkansätze ebenso von Bedeutung, wie die bereits durch praktisches Handeln der privaten Wirtschaft oder die durch staatliche Regularien erfolgten Richtungsansätze.

Auch der bekannteste Protagonist der Sozialen Marktwirtschaft Alfred Müller-Armack war überzeugt, dass die Soziale Marktwirtschaft sich der Realität anpassen müssen kann. Eine ökologische Regelungsnotwendigkeit würde sicher in sein Bild passen. Ende der 1970er Jahre veröffentlichte er die Auffassung: „Das Stilprinzip der Sozialen Marktwirtschaft [ist] einer permanenten Abwandlung zugänglich [...]“.“⁸

Abwandlungsfähigkeit ist auch tatsächlich geboten. Andernfalls würden nicht nur ökonomische Eckwerte über zukünftige Dispositionen entscheiden. Auch politischer Zwang oder gesellschaftlicher Akzeptanzverlust könnten mögliche Systemveränderungen erwirken. Unzufriedenheit oder ängstliche Sorge gesellschaftlicher Instanzen, flankiert durch mögliche wissenschaftliche Thesen, sind nicht auszuschließen, wenn keine zufriedenstellenden Lösungsperspektiven erkennbar werden.

Die wirtschaftliche Krise der Jahre 2008/2009 hat bereits erkennbar werden lassen, dass auch grundsätzliche Kritik an der Leistungsfähigkeit des Systems der sozialen Marktwirtschaft durchaus Nährboden findet. Neben vielen politisch und ideologisch erwartungsgemäßen Gegnern, kam Kritik in dieser Zeit auch von Seiten, die unerwartet waren.

So auch von Seiten des katholischen Kardinals Reinhard Marx. Vor seiner Pontifikalberufung wurde Marx zum außerplanmäßigen Professor für Christliche Gesellschaftslehre an die Theologische Fakultät Paderborn berufen.

8 Alfred Müller-Armack: Die Grundformel der Sozialen Marktwirtschaft, in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.): Symposium I: Soziale Marktwirtschaft als nationale und internationale Ordnung, Bonn 1978, S. 13.

Er schreibt 2008 in seinem Buch „Das Kapital“, der Kapitalismus stehe in diesen Tagen „erkennbar unter Rechtfertigungsdruck, vielleicht so sehr wie in den vergangenen 100 Jahren nicht mehr.“⁹ Reinhard Marx steht fest in der Tradition der katholischen Soziallehre. Wirtschaft und Gesellschaft sollten demnach nicht nur effizient, sondern auch gerecht sein. Er gibt ein Bekenntnis zu individueller Leistung ab, befürwortet klare Regeln durch den Staat, damit eine Marktwirtschaft gerecht funktionieren kann. Damit plädiert er für weniger freie Selbstregulierung durch Marktgegebenheiten und wünscht hinreichend Regulierung, die eine soziale Balance unterstützt. Insofern wird auch eine der wichtigsten, gleichzeitig umstrittensten Fragen der Systematik der Ökosozialen Marktwirtschaft angesprochen: „Wieviel Staat, wieviel privat?“

Neben vielen Aspekten ist auch dies ein Grund dafür, die tatsächliche, praktizierte Umsetzung ökologischer und sozialer Leistungen in der Wirtschaft zu betrachten. So wird nicht alleine theoretisch konstruiert oder spekuliert. Leistungsmöglichkeiten und Grenzen der Lösungskompetenz durch Interaktion zwischen politischem Willen und wirtschaftlichen Erfordernissen können so beobachtet werden.

Die Grenzen der staatlichen Regeln und die Ausgestaltung sozialer und ökologischer Regeln sind bei allem Konsens sehr unterschiedlich akzeptiert und gefordert. Hierin unterscheiden sich die Parteien und die politischen Richtungen letztlich.

Die ökologische Ausrichtung der Marktwirtschaft wird in den letzten Jahren zunehmend nicht mehr bezweifelt.

Selbst der medial als Neoliberaler und Gegner staatlicher Beschränkung beschriebene FDP-Bundesvorsitzende Christian Lindner bekundet: „Wir brauchen globale Spielregeln bei den Finanzmärkten und auch in der Klimapolitik.“¹⁰ Er plädiert für Markt und Wachstum in schwächeren Regionen, damit diese sich selbst Wohlstand erarbeiten könnten, aber mit klimagerechter Technologie.

Dass sich Cem Özdemir als Bundesvorsitzender der Grünen zur Sozialen Marktwirtschaft bekennt und auch meint, in der heutigen Zeit wäre Ludwig Erhard sicher Verfechter einer Ökosozialen Marktwirtschaft, wundert angesichts der Parteibeschlüsse aus 2014 nicht mehr.¹¹

Jedoch bemerkenswert ist die Analyse gegen die Verweigerung eines Wirtschaftswachstums von Ralf Fücks, ehemaliger Grünen Bundesvorsitzender und selbst bekennender – ehemals – ideologischer linker Sozialist.

In seinem Buch „Intelligent Wachsen – Die grüne Revolution“ plädiert er:

9 Reinhard Marx: Das Kapital. Ein Plädoyer für den Menschen, München 2008, S. 288.

10 Christian Lindner, in: Magazin SENATE 3/14, S. 48.

11 Vgl. Cem Özdemir, in: Magazin SENATE 2/16, S. 20 ff.

„[...] es kommt jetzt darauf an, diese alte Industriegesellschaft, die durch Raubbau an der Natur gewachsen ist, zu transformieren zur Koproduktion mit der Natur. Das geht nur durch Innovation und durch Kombination von persönlicher Verantwortung und technologischer Revolution. Mir kommt es wirklich darauf an, diesen Brückenschlag zwischen Ökologie und Industrie aufzuzeigen. Den Brückenbau zwischen Arbeit und Umwelt.“¹²

Zur Bewertung der Relevanz im gesellschaftlichen Kontext ist in möglichst objektiver und nicht politisch motivierter Form zu erörtern, welche Position die Wirtschaft in Bezug auf gesellschaftliche Entwicklungen einnimmt. Diese Fragestellung ist erkennbar vielschichtig und ein sicher fortwährender Prozess.

Dabei ist es ebenso wichtig, zu analysieren, wie gesellschaftlicher Konsens durch tatsächliche Handlung Umsetzung in der Wirtschaft erfahren. Entweder erzwungen durch staatliche Regelungen oder auch motiviert durch private selbst-geregelte Entscheidungen.

Zu beobachten wird sein, ob und wie weit Wirtschaft und Politik oder gar Wirtschaft und Gesellschaft als Gegenpole begriffen werden. Alternativ ist ebenso zu bedenken, welche Bereiche des komplementären Zusammenwirkens bereits eingeübt sind, welche weitergehenden Chancen sich zeigen.

Voraussetzung solcher Überlegungen sollte die Offenheit zu neuen Überlegungen einer idealtypischen Interaktion zwischen Gesellschaft, Politik und Wirtschaft sein.

Dabei sind die Fragen zu beantworten, wie weit wirtschaftliche Sachzwänge politische Entscheidungen bedingen und wo Möglichkeiten der Wirtschaft politische Sachzwänge positiv unterstützen können. Gerade dieser Komplex ist ohne ideologische Vorbedingungen und ergebnisoffen zu behandeln. Die Grundeinstellung von Gegenpolen ist zu Gunsten einer konsensualen Interaktion sozialer, ökologischer und ökonomischer Gesamtlösungen zu korrigieren.

Nähert sich die Analyse dem Gedanken, dass das System der ökologischen und sozialen Marktwirtschaft als ein Gesellschaftssystem geeignet ist, also mehr als nur eine Wirtschaftsform, dann stellen sich basierend darauf weitergehende Fragen.

Beginnen müsste man mit den Leistungsvoraussetzungen, die an ein System aus gesellschaftlicher Perspektive zu stellen sind. Daraus folgt eine Definition des Gesellschaftssystems. Gerade in Abgrenzung ideologischer Strukturen wird eine exakte Definition eine anspruchsvolle Aufgabe. Eine solche Definition ist erforderlich und wird auch nutzbar in mehreren Umfeldern eines Diskurses werden. Die Herausforderungen unserer Zeit benötigen belastbare Klarheit über das

12 Ralf Fücks: *Intelligent Wachsen. Die grüne Revolution*, Berlin 2013, S. 43.

gewollte und gelebte System der Gesellschaft, inklusive der Arbeits- und Wirtschaftsrahmenbedingungen.

Soziographische Veränderungen und die Folgen der disruptiv wirkenden Digitaltransformation benötigen Orientierungspunkte im Diskurs über die Ausrichtung der Gesellschaft. Die Analysen und Modellierungen zukünftiger Formen, Systeme und jedweder Lösungsrezepte erfordern stabile Erkenntnisbilder der historisch gewachsenen Strukturen. Ohne diese kann eine, zum erforderlichen gesellschaftlichen Konsens zwingend notwendige Verdeutlichung der Perspektiven nicht sachgerecht vorgestellt werden.

Bisher ist die Marktwirtschaft zwar als Wirtschaftssystem beschrieben, die Positionierung als Gesellschaftssystem ist allerdings noch zu leisten. Im Besonderen sind auch die Geisteswissenschaften gefragt, da u. a. Politologen und Soziologen die Mitwirkung an der Zukunftsausrichtung gesellschaftlicher Systeme nicht der Wirtschaftswissenschaft alleine überlassen sollten. Dabei sind Eifersüchteleien der Disziplinen nicht der Grund, die Fragestellungen aus der jeweiligen Betrachtung der unterschiedlichen Segmente sind auch tatsächlich deutlich unterschiedlich. Das zielführende Zusammenwirken der Disziplinen wird eine fundierte Ergebnisfindung ermöglichen.

Vereinzelt wird die Ansicht vorgetragen, dass die Soziale Marktwirtschaft bereits in der EU-Verfassung als die Gesellschaftsform bezeichnet wird. Dem ist nicht uneingeschränkt zu folgen, da eine Eindeutigkeit kaum zu erkennen ist und unterschiedliche Bezeichnungen in den verschiedenen Artikeln zu lesen sind. So konstituiert der Verfassungsvertrag,

„Grundlegendes Ziel der Union ist es künftig, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern. Diese allgemeinen Ziele werden ergänzt durch eine Reihe besonderer Ziele: [...] die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität.“¹³

Daneben wird die Wirtschaftsordnung der EU im AEU-Vertrag auch mehrmals als „offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“¹⁴ bezeichnet. Darin kann wirklich ein deutlicher Unterschied zu den Grundauffassungen der sozialen und ebenso ökologischen Verpflichtungen zu erkennen sein. Diese Formulierung wurde bereits mit dem Vertrag von Maastricht 1992 in das Vertragswesen aufgenommen.

13 EU-Verfassungsvertrag, Art. I-3.

14 EU-Verfassungsvertrag, Art. 119A.

Wenn angesichts der aktuellen Herausforderungen selbst gefestigte Marktwirtschaftler wie Thomas Straubhaar ausführlich ein bedingungsloses Grundeinkommen und den Wegfall der Sozialversicherung herkömmlicher Form fordern,¹⁵ so fragt es sich, wie schnell die Manifestierung der systemischen Gedanken unserer Ökosozialen Marktwirtschaft anzugehen ist. Straubhaar würde nicht die soziale Marktwirtschaft in Frage stellen, setzt aber gedanklich die Veränderung systemischer Grundstrukturen an. Daraus folgt eine Diskussion zur systemischen Architektur. Es sind auch nicht alleine wirtschaftswissenschaftliche Konstrukte, die dabei zu durchdenken sind. Hier wird die Grundlagenfrage angesprochen. Fragen des Subsidiaritätsprinzips, der Solidargemeinschaft, der Individualbewertung sind berührt.

Bemerkenswert ist auch die angeführte Begründung. Die unweigerlichen Veränderungen durch Demographie und Digitalisierung, die beide den Arbeitsmarkt und das Sozialsystem massiv revolutionieren können, fänden in herkömmlichen Modellen keine wirksame Antwort mehr. So sieht Straubhaar wenig Hoffnung in Korrekturen oder Anpassungen. Er glaubt, ein grundsätzliches Neudenken der Mechanismen sei unausweichlich. Damit steht er auch nicht alleine, die Stimmen einer grundsätzlich neuen Systemarchitektur werden mehr.

Die immer akzeptierter erscheinenden Forderungen nach einem demokratischen Sozialismus, die mit der scheinbar unumgänglichen Veränderung des Systems begründet werden, da ohne diese keine Lösungen erkennbar wären, zeigen neben vielen anderen Indikatoren, wie erforderlich die Definition einer Gesellschaftssystematik ist. Selbst, wenn unterschiedliche Positionen über den Erfolg der verschiedenen systemischen Modelle bestehen, so ist es doch erkennbar, dass eine klare Definition des derzeit gelebten Gesellschaftssystems hilfreich als Wegweiser für Wissenschaft und Politik sein kann.

Zweifel, ob die Ökosoziale Marktwirtschaft tatsächlich mehr als nur eine Wirtschaftsform sein kann, finden einen Kontrapunkt spätestens durch die neue CSR-Richtlinie der EU, die auch seit März 2017 nationales Recht ist¹⁶. Sie verlangt von Unternehmen eine verbindliche Berichterstattung im bilanzrechtlichen Sinne über die reinen betriebswirtschaftlichen Leistungen hinaus. Berichtet werden muss die Leistung für gesellschaftliche Belange, jenseits der finanziellen Leistungen des Unternehmens.

15 Vgl. Thomas Straubhaar: Radikal gerecht. Wie das bedingungslose Grundeinkommen den Sozialstaat revolutioniert, Hamburg 2017. Vgl. auch den Beitrag von Thomas Straubhaar in diesem Band.

16 Deutscher Bundestag: CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz vom 8. März 2017, in: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/114/1811450.pdf>.

Das manifestiert die gesellschaftliche Relevanz, vor allem auch im Sinne einer ökologisch und sozial systematisierten Funktion der Wirtschaft in der und für die Gesellschaft.

Die in diesem Text aufgezeigten Fragestellungen sind offen, sie sollen offen sein und nicht übereifrig mit schnellen Antworten belegt werden. Diese Fragen sind als Aufforderung und Motivation zu verstehen, eine tiefgehende Betrachtung und zukunftsgerichtete Modellierung zu diskutieren.

Von der sozialen zur ökosozialen Marktwirtschaft
Ökologie und Ökonomie im Fokus von Politik und
Gesellschaft

Brüssel, C.; Kronenberg, V. (Hrsg.)

2018, VIII, 187 S. 23 Abb., 13 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-18817-7